

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ortsbeirates Groß Klein

Sitzungstermin: Dienstag, 21.11.2017
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Raum, Ort: Beratungsraum SBZ Bürgerhus, Gerüstbauerring 28, 18109 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Uwe Michaelis SPD

reguläre Mitglieder

Dr. Christian Wenske	DIE LINKE.
Monika Engelmann	DIE LINKE.
Nurgül Senli	DIE LINKE.
Karina Jens	CDU
Jürgen Lewerenz	CDU
Thomas Ebeling	SPD
Günter Taufmann	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Gabriele Sommer	UFR

Verwaltung

Birgit Alisch	
Sven Sikatzki	Ortsamt NW 1, Hauptsachbearbeiter
Uwe Leonhardt	Stadtteilmanager Groß Klein

Gäste

Yvette Hartmann	Rostocker Straßenbahn AG
Antje Karnowsky	Amt für Schule und Sport

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Sonja Lippert	DIE LINKE.	entschuldigt
---------------	------------	--------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2017

- 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Informationen der RSAG zur digitalen Fahrgastinformation der Bushaltestelle Blockmacherring
- 6 Anträge
 - 6.1 Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen)
Budget für Ortsteilvertretungen (Ortsbeiräte) in der Hansestadt Rostock
Vorlage: 2017/AN/3215
 - 6.2 Fortschreibung IGA-Entwicklungskonzept
Vorlage: 2017/AN/3216-01 (SN)
 - 6.3 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
Fortschreibung IGA-Entwicklungskonzept
Vorlage: 2017/AN/3216-02 (ÄÄ)
 - 6.4 Fortschreibung IGA-Entwicklungskonzept
Stellungnahme zum Änderungsantrag 2017/AN/3216-02 (ÄÄ)
Vorlage: 2017/AN/3216-03 (SN)
- 7 Beschlussvorlagen
 - 7.1 Aufhebungsbeschluss zum Beschluss Nr. 2014/BV/0486: Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für allgemein bildende Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock (Schuleinzugsbereichssatzung)
Vorlage: 2017/BV/2720
 - 7.2 Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock (Schuleinzugsbereichssatzung)
Vorlage: 2017/BV/2721
 - 7.3 Satzung über die Schülerbeförderung und Erstattung von notwendigen Aufwendungen (Schülerbeförderungssatzung)
Vorlage: 2017/BV/2922
 - 7.4 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag) "Neubau eines Wohngebäudes mit 62 Wohneinheiten und 50 Stellplätzen", Rostock, Albrecht-Tischbein-Str. 20 und 21, Az.: 01419-17
Vorlage: 2017/BV/3181
- 8 Informationsvorlagen
- 9 Bericht der Ortsamtsleiterin über wichtige Angelegenheiten des Ortsamtsbereiches
- 10 Mitteilungen des Vorsitzenden des Ortsbeirates
- 11 Verschiedenes

- 11.1 Informationen des Stadtteilmanagers
 - 11.1.1 Informationen aus dem Stadtteil- und Begegnungszentrum Börgerhus
- 11.2 Wünsche und Anregungen der Ortsbeiratsmitglieder
- 12 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Michaelis begrüßt alle anwesenden Ortsbeiratsmitglieder, Gäste, Einwohner und Einwohnerinnen. Die Einladungen sind ordnungsgemäß ergangen und der Ortsbeirat ist mit 7 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Herr Michaelis verliest die Tagesordnung. Es ergeben sich folgende Änderungen.
Top 7 Beschlussvorlagen, 7.1, 7.2, und 7.3 werden nach Top 5 behandelt.
Der Ortsbeirat stimmt der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2017

Die Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2017 wird einstimmig bestätigt.

TOP 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

Eine Gruppe Jugendlicher wünscht sich einen weiteren Raum. Im „224 Club“ gibt es Probleme, da sich viele Grundschüler im Club aufhalten. Ein zweiter Raum für die Altersklasse der Jugendlichen wäre wünschenswert.

Herr Leonhardt: Die Probleme sind bekannt und es wurden bereits Gespräche zwischen dem Jugendamt und dem Stadtteilmanager geführt. Das Jugendamt wird mit den Jugendlichen und einem Sozialarbeiter einen Termin vereinbaren, um sich über Vorstellungen und Ideen der Jugendlichen zu informieren. Alle beteiligten werden versuchen, eine Lösung zu finden.

TOP 5 Informationen der RSAG zur digitalen Fahrgastinformation der Bushaltestelle Blockmacherring

Frau Hartmann:

Information zur „Dynamische Fahrgastinformation“ für Groß Klein.

Die Bushaltestelle Blockmacherring wird beidseitig in Blockmacherring IGA Park umbenannt und mit digitalen Fahrgastinformationen ausgestattet. Die digitale Fahrgastinformation ist sehr kostenintensiv, im Blockmacherring sieht man aber einen Sinn und das Potenzial. Die Nutzung der Linie durch Bürger und Touristen ist in ausreichendem Maße gegeben. Umsteigemöglichkeiten auf andere Linien in viele Richtungen sind vorhanden.

Technische Rahmenbedingungen wie die Stromzufuhr wurden mit den Stadtwerken ausgelotet. Masten für die Anzeigetafeln müssen aufgestellt werden. Im Frühjahr 2018 soll mit den Arbeiten begonnen werden.

Herr Leonhardt:

Mittel aus dem Stadtteiffond in Höhe von 12.000 € werden der RSAG zur Verfügung gestellt. Folgekosten werden von der RSAG übernommen.

Herr Michaelis:

Der Ortsbeirat stimmt einstimmig ab, Mittel in Höhe von 12.000€ aus dem Stadtteiffond für die digitalen Fahrgastinformationen zu investieren und das Projekt zum März 2018 zu realisieren.

18:45 Uhr, Frau Karina Jens anwesend

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 6 Anträge

**TOP 6.1 Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen)
Budget für Ortsteilvertretungen (Ortsbeiräte) in der Hansestadt Rostock
Vorlage: 2017/AN/3215**

Herr Michaelis:

Die Einführung eines Budgets für Ortsbeiräte ist eine gute Sache. Es werden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, über deren Verwendung der Ortsbeirat selbst entscheiden kann.

Seitens der Bürgerschaft wird ein jährlicher Grundbetrag von 3.000 Euro je Ortsbeirat und ein Einwohnerkomponente von 50 Cent je Einwohner empfohlen.

Die für das Budget für Ortsbeiräte notwendigen Haushaltsmittel sollen bereits im Doppelhaushalt 2018/2019 für 2019 eingestellt werden.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	X
Abgelehnt	

**TOP 6.2 Fortschreibung IGA-Entwicklungskonzept
Vorlage: 2017/AN/3216-01 (SN)**

**TOP 6.3 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
Fortschreibung IGA-Entwicklungskonzept
Vorlage: 2017/AN/3216-02 (ÄÄ)**

Herr Michaelis:

Weiterentwicklung von Fördermitteln fehlt. Es wird der Antrag gestellt einen weiteren Punkt hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen zu berücksichtigen.

- Einwerbung von Fördermitteln

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Die Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage

- des IGA-Entwicklungskonzeptes,
 - der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
 - des Bürgerentscheids zum Traditionsschiff und
 - den Plänen zur Entwicklung eines maritimen-touristischen Erlebnisentrums in Verbindung mit dem Traditionsschiff
- der Bürgerschaft erste konkrete Umsetzungsvorschläge im Frühjahr 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

U.a. folgende sind Punkte inhaltlich und hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen zu berücksichtigen:

- bessere Zugänglichkeit
 - alternative Eintrittsgestaltung mit Prüfung eines kostenlosen Eintritts
 - Verbesserung der Verkehrsanbindung und Erreichbarkeit, u. a. bezüglich ÖPNV
 - zukünftiger Pflegestandard und Gestaltung des Parks
 - Ansiedlung weiterer Gastronomie und Freizeitangebote
 - ggf. ein neuer Name
 - Werbekonzeptes für Schiff und Park
 - Sofortmaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Museums zur neuen Saison
 - Flächenpotentiale
- Einwerben von Fördermitteln

In die Entwicklung der konkreten Umsetzungsvorschläge sollen der Fachbeirat der IGA-GmbH, die Arbeitsgruppen sowie die zuständigen Ortsbeiräte einbezogen werden.

Sachverhalt:

Ziel des Antrages ist es, erste Umsetzungsschritte zur Entwicklung des IGA-Parks anzustoßen, die kurz- bis mittelfristig umsetzbar sind.

Abstimmung:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

**TOP 6.4 Fortschreibung IGA-Entwicklungskonzept
Stellungnahme zum Änderungsantrag 2017/AN/3216-02 (ÄÄ)
Vorlage: 2017/AN/3216-03 (SN)**

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	
Dagegen:	
Enthaltungen:	

Angenommen	
Abgelehnt	

TOP 7 Beschlussvorlagen

**TOP 7.1 Aufhebungsbeschluss zum Beschluss Nr. 2014/BV/0486: Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für allgemein bildende Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock (Schuleinzugsbereichssatzung)
Vorlage: 2017/BV/2720**

19:00 Herr Ebeling anwesend

Frau Karnowsky:

Frau Karnowsky informiert über die Gesetzesänderung des Schulgesetzes und über die daraus resultierenden Folgen für die Festlegung der Schuleinzugsbereiche in der Hansestadt Rostock. Es wurden 2 Schuleinzugsbereiche gebildet. Die Einzugsbereiche sind nur für die Festlegung der örtlich zuständigen Schule für Schüler der Hansestadt Rostock relevant. Eine Wahlfreiheit bezüglich der Schule ist weiterhin gegeben, die Schülerbeförderung wird aber nicht mehr gefördert, wenn die Schule nicht im Einzugsbereich liegt. Die Beförderungskosten werden vom Land bezuschusst, Einzugsbereiche sind auf Grund des Schulgesetzes einzurichten.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 2014/BV/0486 zur Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für allgemein bildende Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock (Schuleinzugsbereichssatzung).

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 7.2 Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock (Schuleinzugsbereichssatzung)
Vorlage: 2017/BV/2721

Die Bürgerschaft beschließt die „Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock (Schuleinzugsbereichssatzung)“ (Anlage 1).

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 7.3 Satzung über die Schülerbeförderung und Erstattung von notwendigen Aufwendungen (Schülerbeförderungssatzung)
Vorlage: 2017/BV/2922

Die Bürgerschaft beschließt die „Satzung der Hansestadt Rostock über die Schülerbeförderung und Erstattung von notwendigen Aufwendungen (Schülerbeförderungssatzung)“.

Die Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen in Höhe von jährlich 907.500 EUR im Produktkonto 24101.52410000/72410000 werden gedeckt durch Mehrerträge/ Mehreinzahlungen in Höhe von jährlich 907.500 EUR im Produktkonto 24101.44290000/64290000.

Zur Bearbeitung der zu erwartenden Anträge sind 2 Stellen mit insgesamt 1,75 VZÄ in den Stellenplan der Hansestadt Rostock aufzunehmen. Die Mehraufwendungen/-auszahlungen im Deckungskreis Personalausgaben in Höhe von 70.000 EUR werden gedeckt durch Mehrerträge/ Mehreinzahlungen in Höhe von jährlich 70.000 EUR im Produktkonto 24101.44290000/64290000.

Es geht um eine Erstattung der Beförderungskosten. Diese wird nach der Entfernung zwischen Schule und Wohnort berechnet und gilt nur für Schüler der Hansestadt Rostock, die eine örtlich zuständige Schule in Trägerschaft der Hansestadt Rostock besuchen.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 7.4 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag) "Neubau eines Wohngebäudes mit 62 Wohneinheiten und 50 Stellplätzen", Rostock, Albrecht-Tischbein-Str. 20 und 21, Az.: 01419-17
Vorlage: 2017/BV/3181

Einwohner in der A.-Tischbein-Str. 18

Frage, warum erhalten die Einwohner über diese Bauvorhaben keine Informationen? Wo sollen die 50 Parkplätze hin?

Herr Michaelis

Die Ortsbeiratssitzungen dienen unter anderem zur Information der Bürger über Bauvorhaben. 46 Stellplätze befinden sich auf dem Flurstück 89/196 und 50/224 davon sind 5 barrierefreie Stellplätze.

Frau Engelmann

Der Bau fügt sich in die örtliche Umgebung ein, die Mietpreise sind mit Mieten ab 5,50 € pro Quadratmeter angemessen.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 8 Informationsvorlagen

keine

TOP 9 Bericht der Ortsamtsleiterin über wichtige Angelegenheiten des Ortsamtsbereiches

Herr Sikatzki:

1. Ein mit energiesparenden LED-Leuchten ausgeleuchteter, neuer Fußgängerüberweg ist kürzlich in der Werftallee in Groß Klein freigegeben worden, teilt das Amt für Verkehrsanlagen mit. Die hohe Lichtintensität auf der Straße schafft jetzt mehr Sicherheit für Fußgänger und Autofahrer in der dunklen Jahreszeit. Der Überweg war darüber hinaus an eine von Fußgängern stärker frequentierte Stelle verlegt worden.

In den kommenden Jahren wird die Hansestadt weitere Fußgängerüberwege modernisieren und mit moderner Beleuchtungstechnik ausstatten. Damit sollen vor allem Schulwege noch sicherer werden.

2. In der letzten Sitzung des Ortsbeirates wurde um Informationen zur Beleuchtungssituation am Radweg Werftallee zwischen Groß Klein und Warnemünde gebeten. Das Amt für Verkehrsanlagen teilt mit, dass die Installation einer Beleuchtungsanlage im 3. bzw. 4. Quartal 2018 erfolgen soll.

Herr Michaelis: Bitte Anfrage an das Amt für Verkehrsanlagen. Von wo bis wo reicht die Installation der Beleuchtungsanlage?

3. Das Amt für Verkehrsanlagen sieht keine Notwendigkeit für die Aufstellung eines Straßenschildes „Eingeschränktes Halteverbot“ (Z 286 StVO) in der F.-M-Scharfenberg-Weg Höhe Haus 8. Aufgrund des § 12 Abs. 1 Nr. 1 StVO ist das Halten an engen und unübersichtlichen Straßenstellen unzulässig. Um eine solche Stelle handelt es sich nach Auffassung des Amtes für Verkehrsanlagen. Überdies besteht an der F.-M-Scharfenberg-Weg 7 ein Parkverbot gemäß § 12 Abs. 3 Nr. 3 und 5 StVO. Auch die Aufstellung eines Halteverbots-Schildes (Z 283 StVO) ist vor diesem Hintergrund entbehrlich. Der Kommunale Ordnungsdienst wurde aufgrund des Hinweises vom Amt für Verkehrsanlagen für Kontrollen sensibilisiert.

4. Bezüglich des Gehwegs Groten Enn von Haus Nr. 3 bis Haus Nr. 14 erfolgte seitens des Amtes für Verkehrsanlagen eine Überprüfung. Der Gehweg ist geprägt durch verwitterte und zerbrochene, bzw. durch Straßengrün überwachsene Gehwegplatten. Allerdings sind andere Bereiche des Groten Enns ohne Gehwegplatten errichtet. Eine Gehwegerneuerung ist zurzeit nicht geplant. Gefahrenstellen werden durch Kontrollfahrten des Amtes für Verkehrsanlagen erfasst und Reparaturarbeiten veranlasst.

5. In der letzten Sitzung gab es den Hinweis, dass bei der Hundeschau wieder sehr viel falsch geparkt wurde und es ist eine Verbesserung der Ausschilderung gewünscht worden. Diesen Hinweis haben wir an die HanseMesse weitergeleitet. Die HanseMesse hat uns mitgeteilt, dass

sie den gegebenen Hinweis gerne aufnehmen. Direkte Schilder an der „Tunnelstraße“ sind nicht genehmigt, an den Abfahrten wird die HanseMesse weitere Hinweise veranlassen. Es stehen rund 1400 Parkplätze zur Verfügung. Bei großen Messen werden sämtliche Parkplätze mit Personal betrieben, um Besucher zu leiten und einen schnelleren, reibungslosen Ablauf zu garantieren. Wenn der Hauptparkplatz (P1) voll ist, verteilt das Personal Karten zur Orientierung und Anfahrt der anderen Parkflächen. Fortlaufend werden freiwerdende Plätze wieder aufgefüllt. Bei der RasseHunde - Messe 2017 waren noch Flächen auf dem Parkplatz P2 frei. Das Parken in nicht zulässigen Zonen kann durch die Messengesellschaft nicht überwacht werden.

Herr Michaelis: Nachfrage bei der Bußgeldstelle nach Kontrollrhythmus des ruhenden Verkehrs an der betreffenden Stelle.

Das Amt für Verkehrsanlagen teilt in diesem Zusammenhang mit, dass das Hansemessegelände auf der B103/B105 in Richtung Warnemünde und aus Richtung A19 auf den amtlichen Wegweisern ausgewiesen ist. Die Parkplätze Alte Warnemünder Chaussee sind als P+R Parkplätze ausgewiesen. Auf das Ziel „Parkplatz Hansemesse“ wird ab der Kreuzung Lütten Klein und nach dem Warnowtunnel in Richtung Groß Klein durch das Parkleitsystem hingewiesen.

6. Ein weiterer Hinweis bezog sich auf fehlende Aufsteller für Hundetüten und Behälter für den Hundekot im Ortsteil. Das Amt für Umweltschutz teilt dazu mit, dass die Entsorgung des Hundekots in der Eigenverantwortlichkeit des Hundebesitzers liegt und nicht auf eine kommunale Angebotsvielfalt reduziert werden kann. Die Aufstellung von 35 Hundetoiletten und 22 Beutelspendern ist eine Serviceleistung der Hansestadt Rostock als unterstützende Maßnahme zur Beseitigung und Entsorgung von Hundekot. Diese Systeme werden einmal wöchentlich mit 100 Tüten aufgefüllt und entsorgt. Ein weiterer Ausbau dieser Infrastruktur ist nur im Rahmen der bereitgestellten finanziellen Mittel aus dem Haushalt der Hansestadt möglich. In der Hansestadt ist Hundekot als Abfall deklariert und kann verpackt in den 2000 bereitgestellten öffentlichen Papierkörben oder in der Hausmülltonne mühelos und hygienisch entsorgt werden.

Frau Sommer: Leider sind die öffentlichen Papierkörbe meistens übertoll, der zuständigen Entsorger wird um eine Erhöhung des Leerungsrhythmus gebeten.

7. Am 12.11.17 fand eine erweiterte Sitzung des Sozialraumteams Nord statt. Es gab schon mehrfach Hinweise dass es vor dem Schulgebäude und in der Arena kontinuierlich zu Problemen mit einer oder mehreren Gruppen von jungen Menschen (Kinder sowie erwachsene Jugendliche) kommt. Diese nutzen dieses Gelände für Ihre Treffen und hinterlassen das Areal in einem unzumutbaren Zustand. In der Beratung wurde sich über die aktuelle Situation im Stadtteil ausgetauscht. Es gibt scheinbar mehrere Gruppen an verschiedenen Standorten. Jugendliche wünschen sich einen „eigenen Raum in Selbstverwaltung“. Festgelegt wurde, dass die Zusammenarbeit und Vernetzung in dieser Thematik intensiviert werden muss.

8. Das Amt für Umweltschutz informiert, dass der Umweltkalender 2018 derzeit an die Rostocker Privathaushalte verteilt wird. Das Amt für Umweltschutz hat die Verteilung an alle erreichbaren Privathaushalte beauftragt und hofft auf eine zufriedenstellende Verteil-Aktion. Der Umweltkalender enthält unter anderem die Tourenpläne zur Abfuhr der gelben und blauen Tonnen, der Biotonnen sowie die Termine für die Tannenbaumentsorgung, die Grünschnittabfuhr und die Umstellung der Bioabfallentsorgung im Frühjahr und Winter. Die neue Fernwärmesatzung wird vorgestellt und über die Aktion „Mein Becher gehört zu mir“ wird informiert. Viele Monatstipps vermitteln Wissenswertes zur Thematik, warum Mehrwegbecher umweltfreundlicher als Einwegbecher sind. Der Umweltkalender und die Tourenpläne stehen ab Dezember 2017 auch im Internet unter www.rostock.de/umweltamt zur Verfügung.

9. Im Ortsamt liegt die Broschüre – Statistische Nachrichten – zu Ergebnissen der Bundestagswahl und dem Bürgerentscheid zur Verlegung des Traditionsschiffes am 24. September vor und kann dort gerne eingesehen werden.

10. Das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege teilt mit, dass derzeit 123 Bäu-

me an 37 Standorten, vorrangig im Westen und im Zentrum der Stadt gepflanzt werden. Für die Straßenbaumpflanzungen sind in der Regel klein- und mittelgroßkronige Straßenbaumarten wie beispielsweise Feld-Ahorn oder Zierkirschen vorgesehen. Vereinzelt pflanzt das Amt für Stadtgrün auch wieder Nutzbobstbäume wie Mirabelle, Süßkirsche und Apfel- bzw. Birnenbäume.

Die Bäume erhalten Dreibockverankerungen und einen Stammanstrich als Rindenschutz gegen Verdunstung und Sonneneinstrahlung. In der Nähe von Ver- und Entsorgungsleitungen werden Wurzelführungsplatten eingebaut. Die Finanzierung der Baumpflanzungen erfolgt zum einen aus Haushaltsmitteln des für Nachpflanzungen an Straßen und in Parks bzw. Grünanlagen gebildeten „Städtischen Baumersatz“, zum anderen aus dem „Baumfond“ der Hansestadt Rostock. Auch die Hansestadt Rostock ist - wie jeder Privateigentümer - zu Ersatzpflanzungen bei Baumfällungen verpflichtet. Dies wird über die Mittel aus dem „Städtischen Baumersatz“ gewährleistet. Durch die Baumpflanzungen wird gewährleistet, dass der alljährliche Verlust an wertvoller Baumschubstanz durch notwendige Fällungen wegen Krankheiten, mangelnder Verkehrssicherheit oder aus baurechtlichen Aspekten, ausgeglichen wird.

Baumpflanzungen im Überblick

1. Baumpflanzung am Hamburger Tor in Groß Klein

eine abgestorbene Traubeneiche wird ersetzt, 2. Baumpflanzung am S-Bahnhof Lütten Klein (Messe) in Groß Klein, ein Spitz-Ahorn als Ersatz für gefällten Baum, 3. Baumpflanzungen am Hamburger Tor in Groß Klein, in einem der Baumfenster wird eine gefällte Birke nachgepflanzt, in einer der Baumscheiben eine Zierkirsche (Blutpflaume)

Herr Taufmann fragt nach, ob die durch Sturmschäden oder Baumaßnahmen an der Kaufhalle umgestürzten oder beschädigten Bäume ersetzt werden.

TOP 10 Mitteilungen des Vorsitzenden des Ortsbeirates

Herr Michaelis ist sehr erfreut, dass der Fußgängerüberweg in der Werftallee fertig gestellt wurde.

TOP 11 Verschiedenes

TOP 11.1 Informationen des Stadtteilmanagers

Herr Leonhardt

Protokollnotiz zur Sitzung des Ortsbeirates Groß Klein am 21.11.2017:

Der Stadtteilmanager wendet sich an den Ortsbeirat und bittet um Zustimmung für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus dem Stadtteiffonds für beantragte Maßnahmen und weitere Anschaffungen.

1.

Das AWO „Bürgerhus“ will ein integratives Sportprojekt für 20 Jugendliche in zwei Trainingsgruppen auflegen. Dieses soll als Alternative zu aktuell negativen Wahrnehmungen von Jugendgruppen im Stadtteil als bedarfsgerechtes Freizeitangebot für junge Menschen eingerichtet und entwickelt werden. Die Konzeptinhalte werden durch die pädagogische Mitarbeiterin, Frau Morche, erläutert. Sie stellt gleichzeitig den Übungsleiter, Herrn Samo, vor. Er wird unentgeltlich das Training leiten. Zur Ausrüstung der Teilnehmer mit Sportmaterialien wurden 800,00 Euro beantragt.

2.

Der Verein „Gemeinsam für Groß und Klein“ hat für das Angebot des Schulfrühstücks an der Grundschule „Am Taklerring“ auf Grund steigender Teilnehmerzahlen und der qualitativen Si-

cherung der Esseneinnahmen für die Anschaffung von zusätzlichem Geld und Verbrauchsmaterial 400,00 Euro beantragt.

Der Ortsbeirat gibt für beide Anträge Einstimmig seine Zustimmung.

3.

Die Regionale Schule „Störtebeker“ hat für ihre Projekt- und Lehrküche die Kosten für die Ersatzbeschaffung eines Kühlschranks beantragt. Der Ortsbeirat sieht hierfür die Zuständigkeit beim Fachamt.

4.

Zur Verbesserung der Ordnung und Sauberkeit im Außenbereich des „Bürgerhauses“ schlägt der Stadtteilmanager in Abstimmung mit dem Umweltamt die Anschaffung von 2 Papierkörben mit Aschenbecherfunktion vor. Der Ortsbeirat sieht hier die Zuständigkeit beim Fachamt.

TOP 11.1.1	Informationen aus dem Stadtteil- und Begegnungszentrum Bürgerhaus
-------------------	--

TOP 11.2	Wünsche und Anregungen der Ortsbeiratsmitglieder
-----------------	---

Frau Jens: Informationen aus dem Hauptausschuss.

TOP 12	Schließen der Sitzung
---------------	------------------------------

Herr Michaelis:

Die nächste Ortsbeiratssitzung findet am 12.12.2017 um 18:00 Uhr im Beratungsraum des Ortsamtes Nordwest 1, Albrecht-Tischbein-Str.47, in Groß Klein statt.

Herr Michaelis schließt um 20.30 Uhr die Sitzung.

Uwe Michaelis

Birgit Alisch